



Hamburg, 28. April 2019

Pressemitteilung

GGG zum CDU-Vorstoß für obligatorische äußere Leistungsdifferenzierung an Stadtteilschulen:

Parteilpolitik schlägt Pädagogik

Zehn Jahre nach der bundesweiten Ratifizierung der UN-Behindertenrechts-Konvention startet die Hamburger CDU den Versuch, Trennung und Aussonderung zur Maxime der pädagogischen Arbeit zu machen, die Vorteile gemeinsamen Lernens zu diskreditieren und durch die Hintertür das viergliedrige Schulsystem wieder in Hamburg einzuführen.

Die Stadtteilschulen in Hamburg haben zehn Jahre lang in großer Verantwortung und Autonomie und mit vorzeigbarem Erfolg darüber entschieden, ob und wann sie mit äußerer oder innerer Leistungsdifferenzierung arbeiten. Damit soll nach CDU-Willen nun Schluss sein, „Schulfrieden“ hin oder her.

Anna Ammonn, Vorsitzende der GGG: „Es reicht schon, dass die CDU und auch die FDP den Stadtteilschulen seit Jahren Steine in den Weg rollen, indem sie eine einseitige Klientelpolitik zugunsten der Gymnasien betreiben. Auf eine weitere Behinderung ihrer Arbeit können die Stadtteilschulen verzichten. Nicht verzichten können sie aber darauf, dass die Regierungsparteien SPD und GRÜNE zu ihrem Versprechen stehen, die Stadtteilschulen als Orte des gemeinsamen Lernens zu stärken.“

0049 173 94 600 10
anna.ammonn@gmx.de